



Politische Positionen der Stahlindustrie zu grünen Leitmärkten

Positionspapier

März 2021



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Die Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten benötigt grünen Stahl.

- › Die Stahlindustrie hat das Ziel, bis 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen und möchte bereits bis 2030 substanzielle CO₂-Einsparungen auf den Weg bringen. Um dies zu erreichen, müssen zeitnah politische Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht werden, mit denen die erforderlichen Investitionen in CO₂-arme bzw. langfristig CO₂-freie Produktionsverfahren ermöglicht werden.
- › Eine Dekarbonisierung der industriellen Wertschöpfungsketten ist nur durch die Umstellung auf grünen Stahl möglich. Die Stahlerzeugung macht rund 30 % der industriellen Emissionen aus. Im Automobil entfällt rund ein Viertel der Gesamtemissionen auf den darin verwendeten Stahl. Der Ausbau der Elektromobilität führt dazu, dass der CO₂-Anteil, der auf die Lieferketten entfällt, sowohl relativ zu den Emissionen der Fahrphase als auch absolut im gesamten CO₂-Footprint steigen wird. Bei vielen stahlintensiven Haushaltsgeräten trägt der Stahl mit rund 30 % zu den Gesamtemissionen bei, bei einer Off-Shore-Windkraftanlage sogar über 90 %. Grüner Stahl bietet vielen Abnehmerindustrien somit die Chance, die eigenen CO₂-Herausforderungen zu lösen.

Die Transformation der Stahlindustrie ist nur mit grünen Leitmärkten möglich.

- › CO₂-arme bzw. langfristig annähernd CO₂-freie Verfahren zur Stahlproduktion sind mit substantiell größeren Investitionsaufwendungen sowie auch erheblich höheren Betriebskosten verbunden als die heutigen konventionellen Technologien.
- › Diesen Mehrkosten steht aus der Perspektive der Abnehmerindustrien technisch kein entsprechender Mehrwert gegenüber, da grüner Stahl sich in seinen Werkstoffeigenschaften nicht von herkömmlichem Stahl unterscheidet. Eine Zahlungsbereitschaft für klimaneutrale, aber teure Grundstoffe muss daher durch staatliche Anreizsysteme geschaffen werden, die mittel- bis langfristig die staatliche Anschubfinanzierung ablösen sollen.
- › Dafür kommen verschiedene Instrumente in Betracht: Grundsätzlich sollte, wo immer möglich, auf positive Anreize aufgebaut werden. Aus diesem Grund sollte etwa im Automobilbereich in Erwägung gezogen werden, klimaneutrale Vormaterialien wie grünen Stahl auf Flottenzielwerte anzurechnen.
- › Zudem spricht sich die Stahlindustrie dafür aus, dass verbindliche Regelungen für den Einsatz von Quoten für grünen Stahl erarbeitet werden. Diese sollten sowohl eine mengenmäßig kalkulierbare Nachfrage und zugleich erhöhte Zahlungsbereitschaft für grünen Stahl sicherstellen und damit die Grundlage für Investitionen in die CO₂-armen Technologien legen.

Leitmärkte in ausgewählten Sektoren sollen die Transformation bereits kurzfristig anschieben.

- › Grüne Leitmärkte für Stahl können eine Pilotfunktion einnehmen und somit einen Ausgangspunkt für klimaneutrale Investitionen später auch in anderen Grundstoffindustrien bilden.
- › Für den kurzfristigen und raschen Einstieg bieten sich Quotenregelungen vor allem für die Produktion von Konsumgütern wie Personenkraftwagen, Haushaltswaren oder Verpackungsmaterial an.

Politische Positionen der Stahlindustrie zu grünen Leitmärkten


- › In diesen Sektoren wirken sich die mit dem Einsatz von grünem Stahl verbundenen Kostensteigerungen in Relation zum Endproduktpreis gering aus. Für einen Mittelklasse-Pkw würde die Umstellung auf grünen Stahl den Preis um weniger als 1 % steigern. Dafür können die Gesamtemissionen eines Automobils jedoch um ca. 25 % reduziert werden.
- › Daneben braucht es kurzfristig auch Regeln für den verbindlichen Einsatz von grünem Stahl in der öffentlichen Beschaffung wie auch die Ausrichtung auf grünen Stahl in Ausschreibungen für den Bau der stahlintensiven Windkraftanlagen.
- › Für die längerfristige Perspektive ab 2030 sollten Quoten dann auf europäischer Ebene sektorübergreifend für Zwischen- und Endprodukte, welche in Europa hergestellt werden, festgelegt werden. Flankierend könnte dafür eine Carbon Leakage-Regelung für im internationalen Wettbewerb stehende Investitionsgüter erforderlich sein.

Definition von grünem Stahl ist die Voraussetzung für die schnelle Realisierung der Leitmärkte.

- › Voraussetzung für einen Regulierungsrahmen für grüne Leitmärkte ist eine Definition für grünen Stahl, verbunden mit einem robusten, auch international anerkannten Zertifizierungs- und Kontrollsystem.
- › Für die erste Phase spricht sich die Wirtschaftsvereinigung Stahl für einen Ansatz der Zertifizierung aus, der neben CO₂-freiem Stahl auch Maßnahmen für eine CO₂-ärmere Stahlproduktion entsprechend der damit erzielten Einsparungen berücksichtigt, wie beispielsweise der Einsatz von Erdgas in der Direktreduktion oder von Wasserstoff im Hochofen. Auf diese Weise kann bereits kurzfristig ein Angebot an grünem Stahl geschaffen und der Einstieg in Leitmärkte ermöglicht werden.

Die Politik muss die Einführung von Leitmärkten auf nationaler und europäischer Ebene kurzfristig auf den Weg bringen

- › In der Stahlindustrie stehen in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Re-Investitionsentscheidungen an. Um die Transformation der Stahlindustrie auf den Weg zu bringen, muss daher zeitnah, d.h. innerhalb der nächsten zwei Jahre, ein Regulierungsrahmen zur Etablierung von Leitmärkten für grünen Stahl geschaffen werden. Dafür müssen Weichenstellungen zu Beginn der nächsten Legislaturperiode vorliegen.
- › Deutschland muss eine Vorreiterrolle einnehmen, indem es kurzfristig Quotenregelungen für grünen Stahl in stahlintensiven Konsumgütern und in der öffentlichen Beschaffung einführt.
- › Mittelfristig muss ein Ordnungsrahmen für grüne Grundstoffmärkte europäisch definiert werden. Die Bundesregierung sollte sich daher intensiv in Brüssel einsetzen, damit Leitmärkte für Grüne Grundstoffe einen Schwerpunkt im Rahmen des Green Deals einnehmen.
- › Um den bestmöglichen Ordnungsrahmen zu finden, braucht es nun einen engen Dialog zwischen den Partnern innerhalb der Wertschöpfungskette und der Politik. Leitgedanke für die Gespräche muss das Ziel sein, wie es gelingt, die Wertschöpfungskette in Deutschland zu transformieren und zugleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts zu erhalten. Die Stahlindustrie appelliert an die Bundesregierung, hierzu ein Spitzengespräch „Stahl“ zu organisieren.



Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

Fon +49 (0) 30 232556-11
Fax +49 (0) 30 232556-90

Mail info@wvstahl-online.de
Web www.stahl-online.de

LinkedIn www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl
Facebook www.facebook.com/stahlonline
Twitter www.twitter.com/stahl_online
YouTube www.youtube.com/stahlonline

Disclaimer

Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernommen. Die Inhalte dürfen nur zu rechtmäßigen Zwecken verwendet werden. Die Verwendung der Inhalte erfolgt in eigener Verantwortung des Verwenders.



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Stand: 1. März 2021